

An
(Bewilligungsbehörde
über das StUA)

Antrag
auf Gewährung einer
Zuwendung für Maßnahmen
nach den Nrn. 2.1.1–2.2.3

Betr.:

Bezug:

1 Antragsteller

Name/Bezeichnung:		
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort/Kreis	
Auskunft erteilt:	Name/Telefon (Durchwahl)	
Gemeindekennziffer:		
Bankverbindung:	Konto-Nr.	Bankleitzahl
	Bezeichnung des Kreditinstituts	

2 Maßnahme

Bezeichnung (Entwurf, Aufsteller):	
Durchführungszeitraum:	von/bis

3 Gesamtkosten

lt. beil. Kostenvoranschlag/ Kostengliederung/DM/EUR	
Beantragte Zuwendungen/DM/EUR	

4 Finanzierungsplan

		Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
		20	20	20 und folg.
		in 1000 DM/EUR		
	1	2	3	4
4.1	Gesamtkosten (Nr. 3)			
4.2	Eigenanteil (einschl. nicht zuwendungsfähiger Kosten)			
4.3	Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)			
4.4	Sonstige beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 4.5) durch			
4.5	beantragte Zuwendung (Nr. 3/5)			

5 Beantragte Förderung

Zuwendungsbereich (Maßnahme)	Zuweisungen/ Zuschüsse	v.H. d. zuwendungsfähigen Kosten
1	2	3
Summe		

6 Begründung

6.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u. a. Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen):

6.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u. a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten):

7. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(Finanzlage und Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragsteller usw.)

8 Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

8.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten,*)

8.2 mit der Maßnahme zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr bereits begonnen wurde,*)

8.3 er geprüft hat, ob ein Ordnungspflichtiger zu den Kosten der Maßnahme herangezogen werden kann, und er das Ergebnis der Prüfung aktenkundig gemacht hat (Ergebnis der Prüfung als Anlage beifügen),

8.4 er zum Vorsteuerabzug
nicht berechtigt*)/berechtigt*) ist und dies bei den Ausgaben berücksichtigt hat (Preise ohne Mehrwertsteuer),

8.5 die Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,

*) Nichtzutreffendes streichen.

- 8.6 (außerdem bei juristischen Personen des privaten Rechts): er davon Kenntnis genommen hat, dass alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne § 264 Straftgesetzbuch i. V. mit § 1 Landessubventionsgesetz sind,

für Maßnahmen nach der Nr. 2.1.1

- 8.7 die ihm bisher vorliegenden Unterlagen keine ausreichende Gefährdungsabschätzung ermöglichen

für Maßnahmen nach der Nr. 2.1.1 und 2.1.2

- 8.8 er die Voraussetzungen nach den Nrn. 3.1 oder 3.2.1 oder 3.2.2 erfüllt,*)

- 8.9 die Altablagerung oder der Altstandort wiedergenutzt werden soll,*)

- 8.10 eine Gefährdungsabschätzung vorausgegangen ist,*)

für Maßnahmen nach den Nrn. 2.2.1 und 2.2.2

- 8.11 eine Gefährdungsabschätzung oder Sanierungsuntersuchung vorgenommen wurde. *)

- 8.12 eine Gefährdungsabschätzung oder Sanierungsuntersuchung wegen Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr nicht vorgenommen werden konnte, aber eine ordnungsbehördliche Überwachungs- oder Sanierungsmaßnahme angeordnet wurde,*)

- 8.13 er die Voraussetzungen nach den Nrn. 3.1 oder 3.2.1 oder 3.2.2 erfüllt,*)

- 8.14 die Maßnahme nach der bestehenden Nutzung notwendig ist,

- 8.15 von der Altlast eine Gefahr entsprechend den Nrn. 4.3.2.1 bis 4.3.2.4 ausgeht,

- 8.16 die Voraussetzungen der Nrn. 4.3.3.1, 4.3.3.2, 4.3.3.3, 4.3.3.4 oder 4.6 vorliegen,*)

- 8.17 die Voraussetzungen der Nrn. 4.4 bis 4.4.4 vorliegen. *)

9 Anlagen

- a) Erläuterung und genaue Beschreibung der beabsichtigten Maßnahme,
- b) Kostenberechnung,
- c) Zeitplan,
- d) Gefährdungsabschätzung, Sanierungsuntersuchung, Sanierungsplan,
- e) Prüfergebnis nach Nr. 8.3,
- f) ordnungsbehördliche Anordnung/Vergleich*),
- g) Angaben zur kommunalen Planung für die Wiedernutzbarmachung*),
- h) Anlage 1 der „Vorläufigen Richtlinien über die Aufstellung von Dringlichkeitslisten für die Gewährung von Zuwendungen für die Sanierung von Altlasten“ (RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 14. 3. 1985 – SMBl. NW. 74 –), sofern Maßnahmen nach Nr. 1.1.1 außerhalb der Dringlichkeitsliste beantragt werden.

.....
(Ort/Datum)

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

10 Kommunalaufsichtliche Stellungnahme

1. Kommune ohne Haushaltssicherungskonzept (HSK)? ja/nein*)
2. Maßnahme kann aus dem Haushalt finanziert werden? ja/nein*)
3. Stellungnahme zur Haushaltsverträglichkeit bei Kommunen mit HSK:

.....
(Datum)

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes streichen.

11 Ergebnis der Antrags-Prüfung durch das Staatliche Umweltamt (StUA)

1. Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstiger Unterlagen wird festgestellt, dass die Maßnahme den sich aus dem Förderzweck ergebenden fachlichen Anforderungen hinsichtlich der Gefahrenermittlung/-abwehr und den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparkamkeit – nicht – entspricht*). Die fachliche Stellungnahme wurde beigefügt.

2. Berechnung der Zuwendung:

a) Gesamtkosten DM/EUR

b) nicht zuwendungsfähige Kosten DM/EUR

c) zuwendungsfähige Kosten DM/EUR

d) der Höchstbetrag der Zuwendung beträgt bei einem Fördersatz von 80 v.H. DM/EUR

.....
(Ort/Datum)

.....
(Dienststelle/Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes streichen.